

Notwendige Militärkredite

Autor(en): **Uhlmann, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazzetta militare svizzera**

Band (Jahr): **92=112 (1946)**

Heft 11

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-20181>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

92. Jahrgang No. 11 Zofingen, November 1946
112. Jahrgang der Helvetischen Militärzeitschrift

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung

Journal Militaire Suisse

Gazzetta Militare Svizzera

Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Abonnementspreis jährlich Fr. 7.—

Redaktion: Oberstleutnant i. Gst. E. Uhlmann

Adresse der Redaktion: Neuhausen am Rheinfall, Zentralstrasse 142

Notwendige Militärkredite

Von Oberstlt. i. Gst. E. Uhlmann

Der Ausbau unseres Wehrwesens hängt von den Mitteln ab, die der Armee zur Verfügung stehen. Das im Monat Dezember in den eidgenössischen Räten zur Behandlung gelangende Militärbudget wird deshalb für die Möglichkeiten der Ausbildung und Ausrüstung unserer Armee im nächsten Jahr entscheidend sein.

Das vom Bundesrat vorgelegte Staatsbudget 1947 weist als Neuerung die Universalität auf, indem die ausserordentlichen und die ordentlichen Voranschläge vereinheitlicht wurden. Der Landesregierung ist es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, das Budgetgleichgewicht herzustellen. Zwar ergibt sich eine erfreuliche Vermehrung der Einnahmen, so dass der Stand von 1938 wieder erreicht wird. Aber andererseits sind auch die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr angestiegen und zwar um den erheblichen Betrag von 177 Mill. Fr. So resultiert im Budget 1947 ein *Defizit* von total 272 Millionen Franken.

Ein Staatsvoranschlag mit einem Fehlbetrag von über einer Viertelmilliarde Franken muss grösste Bedenken erwecken. Wenn es je einmal möglich sein sollte, unsere Staatsrechnung auszugleichen, so doch offenbar in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Wir müssen alles versuchen, den ohnehin schon riesigen Schuldenberg des Bundes zu verkleinern und dürfen es uns nicht leisten, einfach einen neuen Haufen hinzuzuschaufeln. Der von überall her tönende *Ruf nach Sparsamkeit* ist deshalb voll verständlich und nachhaltig zu unterstützen.

Es lassen sich verschiedene Möglichkeiten des Sparens denken. Der Schweizer fragt sich in erster Linie, ob im Zeichen der Hochkonjunktur nicht vor allem auf dem Sektor der Subventionen die Möglichkeit des Abbaus bestehe. Es dürften sich auch unter den eidgenössischen Bauplänen etliche finden lassen, deren Verwirklichung noch etwas hinausgeschoben werden könnte.

Es gibt nun aber eine ganze Reihe kräftig tönender Stimmen, die als Allheilmittel der Sparsamkeit den radikalen *Abbau der Militärausgaben* proklamieren. Dieser Ruf ertönt besonders laut aus dem sozialdemokratischen Lager, wo offenbar die Kredite für die Armee grundsätzlich gesenkt werden sollen. Ohne irgendwelche nähere Begründung schreiben gewisse Zeitungen bereits von «sinnlosen Militärausgaben». Wir stehen also vor der Tatsache, dass man zur Reduktion des Bundesdefizits in erster Linie gegen das Militärbudget Sturm läuft, wobei die Abbaubefürworter hoffen, dass in sämtlichen Parteilagern die Entschlossenheit zugunsten der Militärausgaben nicht gerade felsenfest sein werde. Diese Spekulation ist nicht sehr abwegig, weil es nicht zu den ausgesprochen populären Angelegenheiten zählt, für die Wehrkredite einzustehen.

Man muss es an sich durchaus verstehen, dass das Militärbudget einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden will. Denn auch für unser Land gilt der Grundsatz, dass die Militärausgaben in einem vernünftigen Verhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates bleiben müssen. Die Frage ist vollauf berechtigt, ob für einen Kleinstaat die Rüstung für den modernen Krieg noch tragbar sei. Diese Frage darf aber nicht nur vom finanziellen Gesichtspunkt aus beurteilt werden, sondern muss auch aus staats- und militärpolitischen Ueberlegungen heraus ihre Antwort finden. So beurteilt ist es wohl für jeden die schweizerische Eigenstaatlichkeit bejahenden Schweizer unzweifelhaft, dass der Verzicht auf eine Armee die Preisgabe des Landesschutzes und damit den Verzicht auf das Selbstbestimmungs-

recht und die Selbständigkeit bedeuten müsste. Es wird denn auch heute noch, abgesehen von einigen kleinen unbelehrbaren Zirkeln, die Notwendigkeit der Armee grundsätzlich nicht bestritten.

Wer jedoch die Existenzberechtigung der Armee bejaht, muss sich auch klar darüber sein, dass eine Armee nur etwas nützt und taugt, wenn sie gut und tüchtig ist. Nirgends wie im Kriege wird sich die Halbheit und der Kompromiss rächen. Darum sind für die Landesverteidigung jene Mittel notwendig, die dem Ausland den Eindruck aufzwingen, die Schweizerarmee sei ihrer Aufgabe gewachsen und ein Angriff sei unrentabel. In diesen Mitteln liegt die Versicherungsprämie für unsern Landesschutz. Sind die Mittel zu gering, so berauben wir uns selbst der wirksamen Schutzmöglichkeiten.

Die Diskussion darüber, wo die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit liegen, wird wohl nie aufhören. Es sei aber darauf hingewiesen, dass ein prominenter sozialistischer Finanzsachverständiger die Auffassung vertreten hat, die Militärausgaben seien in einer Höhe von mindestens 5 % des gesamten Volkseinkommens durchaus tragbar. Dies würde bei uns einem jährlichen Militärkredit von wenigstens 600 Millionen Franken entsprechen. In sozialistisch regierten Ländern wie Norwegen und England sind die Wehrkredite prozentual noch viel höher, von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ganz zu schweigen.

Unter Berücksichtigung dieser Zahlen erscheint das Militärbudget der Eidgenossenschaft für 1947 ganz im Rahmen des Tragbaren. Es sieht 435 Millionen Franken Ausgaben vor gegenüber 557 Millionen im Budget 1946 und 907 Millionen in der Rechnung 1945. Von sozialistischer Seite wird nun kurzweg die Forderung erhoben, das Militärbudget müsse auf 250—280 Mill. Fr. heruntersetzt werden. Eine Begründung ausser derjenigen, das Defizit sei zu reduzieren, wird nicht gegeben. Es geht nun aber nicht an, die Mittel für die Landesverteidigung einfach willkürlich auf einen bestimmten Betrag festzusetzen, ohne irgendwelche Untersuchung darüber anzustellen, ob die Armee diese Reduktionen erträgt. Wenn ein Familienvater Einsparungen vornehmen muss, wird er bei der Beschaffung einer Kleidung auch nicht auf die Lösung verfallen, dass er sich einfach die Hosen nur bis zu den Knien und die Aermel nur bis zu den Ellbogen zuschneiden lässt.

Ich bin nicht der Meinung, dass das Militärbudget ein Rührmichnichtan darstelle. Man wird aber doch von der Voraussetzung auszugehen haben, dass der verantwortliche Chef des Militärdeparte-

ments mit radikaler Sparschere die Forderungen der ihm unterstellten Abteilungen beschnitten habe und dass er die Verantwortung dafür übernimmt, dass die 435 Mill. Fr. ein unbedingtes Erfordernis seien. Bei einer Prüfung des Militärbudgets stösst man aber doch da und dort auf Posten, die eine unnötige Belastung darstellen. Wir finden beispielsweise im Militärbudget Ausgaben für Arbeitsbeschaffung, zivile Ausgaben und erhebliche Beiträge an Vereine. Im Voranschlag für 1947 entfallen auf die nicht rein militärischen Ausgaben des Militärbudgets 26 Mill. Fr. Es ist angebracht, diese Summe aus dem Militärbudget herauszunehmen. Sodann wird auch im Apparat der Militärverwaltung eine Konzentration zu erwägen sein. Im weitern ist zu bedenken, dass fast 27 Mill. Fr. als Belastungen des Aktivdienstes resultieren, d. h. Ausgaben darstellen, die weder der Ausbildung noch dem Ausbau der Armee dienen.

Eine Prüfung der grossen Ausgabeposten zeigt, dass 125 Mill. Fr. für die Ausbildung vorgesehen sind. An diesem Posten lässt sich sicher nicht rütteln, weil von der Ausbildung die Kriegstauglichkeit der Armee abhängt. Die Rekrutenschulen und Kadenschulen werden durchgeführt werden müssen. Auch die gesetzlich festgelegten und für die Ausbildung nötigen Wiederholungskurse sind abzuhalten. Die WK.-Pflicht ist ja ohnehin stark eingeschränkt, indem nur die sieben jüngsten Auszugsjahrgänge einberufen werden sollen und auf die Einberufung der Landwehr und des Grenzschatzes verzichtet wird. Das Budget der Wiederholungskurse ist also nur mit dem äussersten Minimum belastet. Das Parlament sollte für die Wiederholungskurse aber unbedingt noch jene Kredite bewilligen, die erforderlich sind, um der Truppe ausreichend scharfe Munition und Uebungsmaterial abzugeben.

Für den Ausbau der Landesverteidigung sind 89 Mill. Fr. eingesetzt. Dies ist für die materielle Förderung der Armee wahrhaftig nicht viel. Man hat sich bei diesem Kreditposten auch immer zu vergegenwärtigen, dass damit in erster Linie die Inlandwirtschaft befruchtet wird. Sozusagen die ganze Kreditsumme geht als Arbeitsauftrag an schweizerische Firmen. Dabei ist im weitern zu berücksichtigen, dass die Ausgaben für diese Aufträge ganz erheblich grösser sind, weil ungezählte Gegenstände der Ausrüstung (Uniformen, Lederartikel, Tornister, Rucksäcke usw.) aus wirtschaftlichen Rücksichten und aus psychologischen Gründen an kleinere Firmen in allen Landesgegenden vergeben werden statt an leistungsfähige grosse Fabriken. Das Militärbudget für 1947 wurde bezüglich der Ausgaben für Mate-

rialbeschaffung im übrigen bereits derart gedrosselt, dass man auf unsere Kriegsreserven zu greifen beginnt. Um das Kriegsmaterialbudget zu senken, werden die Materialreserven für die Ausrüstung der Rekruten in der Höhe von 7 Millionen Franken herangezogen. Obwohl der Bundesrat betont, dass es sich nur um eine einmalige Massnahme handle, muss schon diese *Schwächung* unserer *Reserven* grösste Bedenken erwecken. Wir haben nach dem ersten Weltkrieg unsere Reservebestände aus einem falsch verstandenen Sparstreben aufzuzehren begonnen und unsere militärische Bereitschaft damit auf unverantwortliche Weise geschwächt. Wir dürfen unter keinen Umständen in den gleichen Fehler verfallen. Wenn wir 1947 aus den Reserven zu leben beginnen, müssen wir nachher nur umsomehr Kredite für die Auffüllung bewilligen.

Der seriösen und gründlichen Diskussion wert sind die Kredite für die *Neubewaffung*. Es dürfte unbestritten sein, dass wir für Neuanschaffungen von Handfeuerwaffen und Automaten der Infanterie und für die erforderliche Munition die nötigen Mittel bewilligen müssen. Dagegen wird man grundsätzlich einmal zu entscheiden haben, wie weit unsere Artillerie noch mit Geschützen bisheriger Konstruktion dotiert werden soll. Ueber die Notwendigkeit der Modernisierung unserer Artillerie herrscht kein Zweifel. Aber es stellt sich die Frage, ob nicht in absehbarer Zeit der Entwicklungssprung zur Raketenartillerie gemacht werden könne und müsse unter Verzicht auf die kostspielige Weiterbeschaffung der heute in Ablieferung begriffenen Geschütze.

Zu einer sowohl grundsätzlichen wie finanziellen Diskussion dürfte auch die *Modernisierung der Flugwaffe* führen. Die Flieger sind unsere teuerste Waffengattung. Dies ist in der ganzen Welt so. Im Hinblick auf die Forderung nach einem 100 Millionen-Kredit für die Beschaffung von *100 Düsenflugzeugen* des Modells «Vampire» wurde die Frage aufgeworfen, ob für unsere schweizerischen Verhältnisse eine Flugwaffe finanziell überhaupt noch tragbar sei. Es würde im Rahmen dieser Betrachtung zu weit führen, das Problem der Flugwaffe in gründlicher Weise prinzipiell zu beleuchten. Der Wichtigkeit der Sache wegen und da dieses Problem im Zusammenhang mit dem Militärbudget steht, seien aber stichwortartig einige Ueberlegungen allgemeiner Natur zum Ausdruck gebracht.

Der Verzicht auf eine eigene Flugwaffe würde bedeuten, dass wir einem allfälligen Angreifer den Luftraum vollständig preisgeben. Beim Abwägen des Risikos für einen Angriff gegen die Schweiz könnte

sich damit jeder fremde Generalstab der Sorge um die Luftunterstützung seiner Erdverbände ent schlagen. Die Chance eines Erfolges der Erdtruppen wäre also von Anfang derart gross, dass ein Angriff gegen die Schweiz ohne Zweifel zukünftig bedeutend rentabler erscheinen müsste als vor und während des vergangenen Weltkrieges. Man möge sich im weitem die psychologische Wirkung des vollständigen Fehlens einer eigenen Luftwaffe auf die Truppe vorstellen. Dürfen wir unseren Soldaten zumuten, sich zum Kampfe zu stellen, ja können wir ihnen dies überhaupt noch zumuten, wenn sie wissen, dass nie ein schweizerischer Flugzeug am Himmel erscheinen würde? Die Antwort ergibt sich wohl selbst. Im weitem ist zu bedenken, dass wir aus Gründen des Neutralitätsschutzes auf eine eigene Flugwaffe nicht verzichten dürfen. Wenn wir den Schutz unseres Luftraumes im Falle der Neutralitätsaufstellung unserer Armee nicht selbst gewährleisten, laufen wir Gefahr, dass eine ausländische Luftwaffe diesen Schutz übernimmt und uns damit unfehlbar in den Krieg hineinreisst. Ein Verzicht auf eine eigene Militäraviatik würde sodann einem Verzicht auf den eigenen Anteil an der Entwicklung der Fliegerei und der Flugtechnik überhaupt gleichkommen. Aus diesen — nur sehr summarisch dargelegten — Gründen drängt sich trotz aller finanziellen Bedenken die Erhaltung und damit der Ausbau unserer Flugwaffe auf.

Wenn finanzielle Hemmungen bestehen, die verlangten Kredite für die Beschaffung der Düsenflugzeuge zu bewilligen, sei darauf hingewiesen, dass das eidgenössische Parlament die Modernisierung unseres Flugzeugparkes bereits beschlossen und einen Kredit von fast 90 Millionen Franken schon Ende des letzten Jahres gutgeheissen hat. Die gemäss diesem Kredit begonnene Herstellung von Morane-Flugzeugen eigener Konstruktion wurde dann aber eingestellt, als sich die Möglichkeit ergab, hochentwickelte englische Düsenjäger für uns zu beschaffen. Der grösste Teil des ehemals bewilligten Kredites ist also noch vorhanden und muss lediglich für den Ankauf der «Vampire» übertragen werden. Alle Flug-Fachleute, die Techniker und die Piloten, betonen die hervorragende Eignung dieses Flugzeuges für unsere schweizerischen Verhältnisse. Versuche und Vorführungen der «Vampire» auf allen Reduit-Flugplätzen und auf unsern See- und Gebirgsschiessplätzen haben diese Eignung einwandfrei unter Beweis gestellt. Die zuständigen Fliegeroffiziere erklären überzeugt und überzeugend, dass unser Miliz-Pilotenkorps absolut in der Lage sei, diese Düsenflugzeuge einwandfrei zu fliegen. Es sollte deshalb nicht ge-

zögert werden, den notwendigen Kredit zu bewilligen, um so mehr, als durch Lizenzerwerbung die Möglichkeit besteht, unsere Flugzeugindustrie für längere Zeit mit Aufträgen zu versehen. Schweden hat bereits eine grössere Serie der «Vampire»-Apparate bestellt und überdies 100 amerikanische Jagdflugzeuge gekauft. Gelten für das ebenfalls neutrale Schweden etwa gewichtigere militärische und militärpolitische Argumente als für die im Zentrum Europas gelegene Schweiz?

Wir werden auch zukünftig eine starke Landesverteidigung notwendig haben, um unseren Willen zur Unabhängigkeit und zur Selbstbehauptung kund zu tun. Die dazu erforderlichen Militärausgaben bedeuten ein schweres und hartes Opfer. Aber die jüngste Geschichte sollte uns eindrücklich genug gelehrt haben, dass ein Volk noch viel härter zu zahlen und zu opfern hat, wenn es sich auf den Weg der Wehrlosigkeit begibt.

Zur Diskussion um die Armee

Von Oberstlt. i. Gst. *Annasohn*

Auch diejenigen Staatsbürger unseres Landes, die normalerweise nur im Zusammenhang mit irgendeiner Dienstleistung oder beeindruckt durch die Militärsteuer unsere militärische Landesverteidigung in den Kreis ihrer Erwägungen ziehen, können nun schon viele Wochen lang erleben, wie sie selbst teilhaben am grossen Orchester der öffentlichen Meinung, das fast pausenlos mit militärischen Programmen aufwartet. Spielen sie auch nicht aktiv mit, so gehören sie doch zum Auditorium, das nicht darum herum kommt, mitzuhören, da die Presse die ersten Geigen besetzt. Auch ohne eigentlich fachkundig zu sein, spüren sie dann und wann, dass die Töne nicht immer rein sind, dass oft daneben gegriffen wird und vor allem, dass bisweilen die Dirigenten nicht in erster Linie inspiriert sind durch die wirkliche ernste Sorge um die künftige Gestaltung unseres Wehrwesens, sondern eher durch die Lust am Sensationellen oder durch den Drang, genannt und bekannt zu werden, oder, falls man schon